A27707

Wer trägt die Schuld an unserem Elend?

Die Kriegsverlängerer vor dem Untersuchungsausschuß

N 10944

Preis 20 Pfg.

Soziale ... Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

* Januar 1920 *

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk „Obere Rheinprovinz".
Köln / Severinstraße 199.

Ch T 13 1

27707

Was sich vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung dieser Tage in Berlin abspielte, ist nicht nur die Abrollung des Dramas eines großen Volkes, sondern scheint auch das **Vorspiel zu einer Gegenrevolution** zu sein. Das Streben aller wahren Volksfreunde war immer, die Minister zur Rechenschaft zu ziehen und dem Volke zu zeigen, wo und wie in der Politik gefehlt wurde. Erst die revolutionäre Regierung erfüllte den Wunsch des Volkes. So hat die revolutionäre Regierung parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingesetzt, die Wahrheit und Klarheit bringen sollen, welche Umstände zum Weltkrieg und zur Katastrophe geführt haben.

Vier parlamentarische Untersuchungsausschüsse wurden eingesetzt. Der erste hat die Aufgabe, die **Vorgeschichte des Krieges** zu studieren, der zweite, ob **Friedensmöglichkeiten fahrlässig außer acht gelassen** wurden, der dritte hat sich mit den **zivilen und militärischen Zerstörungen** zu beschäftigen und der vierte hat das Kapitel **Belgien und Kriegsgreuel** zu prüfen. Bisher hat der zweite dieser Ausschüsse seine Arbeiten vor der Oeffentlichkeit aufgenommen.

Seine Verhandlungen werden in **vier Perioden** eingeteilt.

1. Bis zur deutschen Antwort auf die Sussex-Note vom 4. Mai 1916. (Sussex war ein Dampfer, der im Kanal torpediert wurde, was Amerika Veranlassung gab, zum ersten Male gegen den U-Boot-Krieg offiziell Stellung zu nehmen.)
2. **Bis zum 12. Dezember 1916, an welchem Tage das deutsche Friedensangebot** erfolgte.
3. Vom 21. Dezember 1916, dem Tage der Ueberreichung des Friedensangebots Wilsons an die kriegführenden Mächte, bis zum 9. Januar 1917, dem Tage der Beschließung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges im deutschen Hauptquartier zu Pleß.
4. Die Periode vom 9. Januar 1917 bis zum 31. Januar 1917, dem Tage, an welchem Amerika die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat.

Die zweite Periode ist die wichtigste.

Am 18. Oktober 1916 erklärte der österreichisch-ungarische Minister Graf Burian der deutschen Regierung, daß auf eine militärische Entscheidung nicht mehr zu rechnen sei, da Oesterreich-Ungarn auf die Dauer nicht mehr mitmachen könne und daß es deshalb an der Zeit wäre, Friedensverhandlungen herbeizuführen. Die deutsche Regierung forderte daraufhin den deutschen Botschafter in Amerika Grafen Bernstorff auf, der vorher schon immer durchblicken ließ, daß Wilson sich für den Frieden interessiere, den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika **zu einem Friedensschritt zu veranlassen.** Wie Bernstorff dann mitteilte, erklärte sich Wilson bereit, einen solchen Friedensschritt zu unternehmen, und zwar stellte Wilson den Termin dieses Schrittes auf spätestens Neujahr fest mit der Bitte an den Grafen Bernstorff, **daß bis dahin in Deutschland möglichst wenig von Friedensvermittlung gesprochen würde.** Trotz dieser Bitte Wilsons, von der sehr viel abhing,

bereitete die deutsche Regierung doch eine Friedensaktion vor. Als Bernstorff hiervon erfuhr, riet er, gestützt auf seine Erfahrungen und Kenntnisse, von diesem Schritte der deutschen Regierung ab, da Wilson wie auch er befürchteten, falls Deutschlands Schritt keinen Erfolg haben werde, Wilsons Aktion bei den Ententestaaten äußerst erschwert werde. Trotz dieser Bitte Wilsons kam die deutsche Regierung doch mit einem Friedensschritt heraus und trug damals schon dazu bei, die Ehrlichkeit der kaiserlich deutschen Regierung bei Wilson in einem zweifelhaften Lichte erscheinen zu lassen.

Vor dem Untersuchungsausschuß erklärte Graf Bernstorff klipp und klar, daß das deutsche Friedensangebot das amerikanische wenn nicht sabotiert, so doch äußerst geschwächt habe. Bernstorff belegte diese seine Meinung durch die unklare und nichtssagende deutsche Antwort auf Wilsons Friedensfühler; ferner sei er auch zu der Ueberzeugung gekommen, daß man Wilsons Friedensvermittlung nachträglich abschneiden wollte durch ein Telegramm Kaiser Wilhelms II.

Dieses Telegramm lautete:

„Seine Majestät lassen Euer Exzellenz für die Auskunft danken (die Auskunft bezieht sich auf Bernstorffs Meldung, Wilson sei zur Friedensvermittlung bereit). **Zum Telegramm bemerkt Seine Majestät, daß Allerhöchstdieselben gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot legen. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen.“**

Zu gleicher Zeit mit Wilsons Friedensangebot teilte eine neutrale Macht mit, daß Wilsons Schritt sehr ernst aufzufassen sei. Der Friede könne auf dem status quo ante und bei Wiederherstellung Belgiens erreicht werden.

In seiner Friedensnote bat Wilson Deutschland um Bekanntgabe der Friedensbedingungen, vor allem aber um eine Angabe über die Stellung Deutschlands zu Belgien. Was tat Deutschland nach dem von ihm hervorgerufenen Friedensschritt? Der damalige Staatssekretär Zimmermann gab dem deutschen Botschafter Bernstorff eine ausweichende Antwort und ersuchte letzteren, die Angelegenheit **verschleppend** zu beantworten. **Zwei Tage nach dieser von Bernstorff mit Spannung erwarteten Antwort erfolgte der Beschluß des uneingeschränkten U-Boot-Krieges.**

Trotzdem ließ Wilson von seinen Friedensbemühungen nicht ab. Am 27. Januar 1917 ließ er durch seinen Vertrauten, Oberst House, dem deutschen Botschafter, Grafen Bernstorff, erklären:

„Er wolle den Krieg Amerikas mit Deutschland vermeiden und wünsche ein Ende des Mordens. Es solle keine Sieger und keine Besiegten geben.“

Darauf reiste der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg nach dem Großen Hauptquartier und hielt dort dem Kaiser, Hindenburg und Ludendorff Vortrag über die neue Meldung Bernstorffs. Das Ergebnis dieser Unterredung im Großen Hauptquartier war, daß an Bernstorff ein Telegramm gesandt wurde mit dem Inhalt:

„Es ist zu spät, die U-Boote können nicht mehr zurückgerufen werden, Wilson hätte früher kommen sollen.“

Von all diesen Vorgängen wußte das deutsche Volk nichts, aber auch der Reichstag wurde darüber im unklaren gehalten.

*

Neben diesen Aussagen Bernstorffs kennzeichnen auch die Aussagen Bethmann Hollwegs, des Staatssekretärs Zimmermann, sowie der Admirale Koch, Capelle und Brüninghaus, mit welcher Frivolität um das Schicksal des deutschen Volkes gewürfelt wurde.

Bethmann Hollweg erklärte u. a., daß **Ludendorff am 22. Dezember 1916** ihm telegraphierte: „Wenn der verschärfte U-Boot-Krieg nicht aufgenommen werde, sei der Feldzug verloren". Und Bernstorff gab bekannt, daß nach seiner Rückkehr aus Amerika Ludendorff ihn mit den Worten empfing:

„Sie sind der Mann, der Frieden machen wollte, wir wollen aber nicht. In drei Monaten haben wir England auf die Knie gezwungen."

Bethmann erklärte auch unter seinem Eide, neben dem Marinesachverständigen hätten sich auch die Konservativen, die Nationalliberalen und das Zentrum für den verschärften U-Boot-Krieg ausgesprochen.

Nur die Sozialdemokratie sei dagegen gewesen.

Als ein markanter Zeuge der kaiserlich-deutschen Ehrlichkeit entpuppte sich der Staatssekretär Zimmermann, der als Hauptbeteiligter der Anregung zum Wilsonschen Friedensschritt in einer Berliner Pressevertreter-Konferenz erklärte: Wilsons Schritt sei eine englische Mache, und das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 habe nur den Zweck, Wilsons Friedensbemühung (die Deutschland angeregt hat) kaputt zu machen! Diese Unehrlichkeit des Leiters der Auswärtigen Politik Deutschlands in Deutschlands schwerster Stunde, das Zimmermann harmlos als taktisches Manöver hinstellt, wurde selbst von dem als Zeugen vernommenen bürgerlichen Journalisten Herrn Georg Bernhard als eine **gemeine Lüge** hingestellt.

Aber auch auf dem technischen Gebiete des U-Boot-Krieges wurde ein großer Schwindel getrieben, wie das die bürgerlichen Abgeordneten Struve und Gothein festnagelten. So erklärte der Abgeordnete Struve als Zeuge, daß im Januar 1917 in der Nordsee **nur 20 U-Boote an der Front waren,** und später wären es trotz der großen Zahl, mit der die Marine renommiert habe, **nur 54 gewesen,** die in der Nordseefront verwendungsfähig waren. Eine genaue Zahl der U-Boote habe der Reichstag nie erfahren können. Die Zahl, die von den Marinesachverständigen angegeben wurde, sei immer so gehalten worden, daß man nie wußte, ob es sich um bestellte oder auf der Werft befindliche oder bereits fertiggestellte oder bereits **dienstuende U-Boote** gehandelt habe.

Die Tatsache, daß der Friedensschritt Wilsons auf Anregung Deutschlands geschah und daß die deutsche Regierung hinterher dann mit ihrem Friedensschritt die Aktion Wilsons durchkreuzte, konnte keiner der Vertreter der früheren Regierung entkräften.

*

Der Präsident Wilson, der von der alldeutschen Meute immer als englischer Helfershelfer und Feind des deutschen Volkes hingestellt wurde, erscheint jetzt nach den Enthüllungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in einem ganz anderen Lichte. In Deutschland gab es schon 1916 **zwei Regierungen:** eine **militärische** und eine **politische.** Militärische Agenten des Großen Hauptquartiers inszenierten gleich nach Kriegsbeginn **Komplotte in Amerika,** um die innere Ruhe dieses Landes zu stören; sie brachten **Bomben auf Handelsschiffe** und **sprengten Munitionsfabriken** in die Luft. Die politischen Agenten inszenierten schmutzige Spionagefälle, und Zimmermann scheute sich nicht, den Mexikanern Gebiete der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu versprechen, wenn sich das kleine Mexiko zugunsten Deutschlands an einem Kriege gegen die Vereinigten Staaten beteilige. Von all diesen Dingen hatte Wilson Kenntnis, und trotz alledem versuchte er die auf Leben und Tod kämpfenden Völker aus den Wirren des Krieges herauszubringen.

We hätten sich an Stelle Wilsons die ehemaligen deutschen Herrscher benommen?

Die Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß ergeben:

Daß Ende 1916 die militärischen Leiter Deutschlands auf einen militärischen Sieg nicht mehr rechneten.

Trotzdem sie Frieden hätten haben können, haben sie das deutsche Volk und den zur Friedensvermittlung bereiten Präsidenten Wilson getäuscht und uns so Amerika auf den Hals gehetzt.

Sie ergeben aber auch, daß man den uneingeschränkten U-Boot-Krieg als letzte Waffe ausspielte, trotzdem man für diesen letzten Schritt gar nicht gerüstet war!

Heute ersieht jeder aus den Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, daß wir **gemein belogen** und **betrogen wurden.**

Heute hat das Volk Klarheit darüber,

daß wir einen ehrlichen Frieden hätten haben können,

daß nicht noch eine Million Männer und Jünglinge ihr Leben zu opfern brauchten,

daß wir heute keinen wirtschaftlichen Zusammenbruch hätten, keine Hungersnot — daß wir kein Land — kein Geld — keine Schiffe — keine Kohlen — keine Milchkühe — keine Maschinen — keine Eisenbahnen — keine Luftschiffe — keine landwirtschaftlichen Geräte abzugeben brauchten.

Immer wieder bettelte Graf Bernstorff, man möge doch Vernunft annehmen, das große unerschöpfliche Amerika erdrücke uns. Noch in letzter Stunde drahtete er, man möge den verschärften U-Boot-Krieg nur um 14 Tage verschieben, damit er mit Wilson über die Friedensziele reden könne. Es sei falsch anzunehmen, England fürchte den U-Boot-Krieg. Im Gegenteil. **Der verschärfte U-Boot-Krieg sei Englands letzte Hoffnung,** denn er würde Amerika in den Krieg hineinziehen und damit den Sieg der Ententeländer sichern.

Der österreichisch-ungarische Minister Graf Czernin telegraphierte aus Wien:

„Macht den uneingeschränkten U-Boot-Krieg nicht! Unsere Völker können nicht mehr, und bei uns fängt es an zu gären."

Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau berichtete aus Kopenhagen:

„Macht den uneingeschränkten U-Boot-Krieg nicht! Die russische Revolution steht so wie so vor der Tür, und dann haben wir den Krieg gewonnen."

Und Ebert, David, Scheidemann sagten:

„Macht ihn nicht, das Volk hungert und will Frieden! Der U-Boot-Krieg bringt uns nur den Krieg mit Amerika."

Und der deutsche Gesandte Herr v. Haniel schrieb aus New York:

„Macht ihn nicht! Ich sehe hier Hunderttausende von Männern, Millionen von Granaten, Milliarden von Dollars, die uns zerschmettern würden, wenn ihr ihn beginnt."

Und die Wirtschaftspolitiker Ballin und Warburg schrieben aus Amerika:

„Macht ihn nicht! Denkt an Amerikas Tonnage und Amerikas Kredit."

Es war alles umsonst!

Die Ludendorffe und Tirpitze, die alldeutsche Presse und alle bürgerlichen Parteien waren — wie Bethmann aussagte — für den unbeschränkten U-Boot-Krieg,

nur die Sozialdemokratie war dagegen.

Wenn Bethmann gewollt hätte, dann wären wir zum Verständigungsfrieden gekommen. Das Kriegspresseamt, die Telegraphenbureaus, die bürgerliche Presse, alles stand zu seiner Verfügung. Wenn er zu den Fraktionsführern gegangen wäre und hätte gesagt:

„Ich, der Kanzler, erkläre Ihnen, der U-Boot-Krieg ist nach meiner Ueberzeugung ein Hasardspiel. Ich werde mich auf die 110 Sozialdemokraten stützen und die Vertrauensfrage stellen."

Kein bürgerlicher Abgeordneter hätte gewagt, gegen den Frieden zu stimmen — — —, denn das hätte die Revolution bedeutet. Statt dessen wurde jeder, der sich gegen den U-Boot-Krieg stemmte, des Landesverrats verdächtigt, die sozialistische Presse wurde geknebelt, den Wehrfähigen wurde mit dem Schützengraben gedroht. Ebert und Scheidemann wollte man auf den Sandhaufen stellen.

Statt die Friedensvermittlung Wilsons anzunehmen, wollte Bethmann Hollweg **zwei Eisen im Feuer** haben. Einmal: **Wilsons Friedensvermittlung** und ferner den **uneingeschränkten U-Boot-Krieg.**

Noch schwankender als Bethmann Hollweg war der frühere Minister Helfferich. In einer Denkschrift wies er nach, daß der U-Boot-Krieg nicht das Allheilmittel sei. Als aber Ludendorff den uneingeschränkten U-Boot-Krieg forderte, fiel Helfferich um und war dann für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, weil sein eventueller Austritt aus dem Ministerium von der Entente schlecht gedeutet hätte werden können. Dieser Führer des deutschen Volkes sah lieber Hunderttausende unnütz ins Gras beißen und immer größere Hungersnot in der Heimat, als für seine Ueberzeugung einzustehen.

Jetzt reden er und Bethmann sich auf die bürgerlichen Parteien hinaus, die für den U-Boot-Krieg waren. Jetzt soll der U-Boot-Krieg im deutschen Volke populär gewesen sein und diese Volksstimmung den Ausschlag gegeben haben, nachdem man zuvor das deutsche Volk bewußt irregeführt hatte.

Auch Hindenburg und Ludendorff konnten von der immer klarer zutage tretenden Schuld nichts abwaschen. Während Ludendorff im Dezember 1916 erklärte, ohne verschärften U-Boot-Krieg sei Deutschland verloren, nachdem er im Juli 1917 auf Grund statistischer Zahlen genau wußte, daß der verschärfte U-Boot-Krieg eine verfehlte Kriegsmaßnahme ist und Deutschlands Geschick nicht mehr ändern könne, wagte er es dennoch im September 1919 in seinem Buche über den Weltkrieg die Behauptung aufzustellen, das deutsche Volk habe die Front von hinten erdolcht. Beweise für diese seine Behauptung blieb er auch vor dem Untersuchungsausschuß schuldig. Er wird sie nie erbringen können. Aber seine Absicht ist ja auch nur, genau so wie die der Helfferiche und Bethmann Hollwege, **den Tatbestand zu verdunkeln.**

Die Schuldigen möchten sich jetzt als Ankläger aufspielen. Sie möchten dem deutschen Volke einreden, nicht ihre verbrecherische Politik, die zum Frieden von Versailles geführt hat, trage die Schuld an

der Entwertung des Geldes, der steigenden Teuerung, der sinkenden Erzeugung und an dem ungeheuerlichen Anwachsen der Schulden und Steuerlasten,

sondern das sei die Schuld der Revolution.

Leider ist es wahr, daß der Wert unseres Geldes unheimlich gesunken, die Teuerung immer drückender und größer geworden, die Schulden- und Steuerlast gewachsen ist und die Erzeugung nachgelassen hat. Aber all diese beklagenswerten Tatsachen sind nicht Folgen der Revolution. Auch wenn die Revolution nicht gekommen wäre, würden wir die Teuerung usw. heute zu verzeichnen haben. **Schuld allein an diesen Zuständen trägt das angebliche Stahlbad der Nation, der Krieg und seine Verlängerung.** Der bewußt hintertriebene Friede, der zum verlorenen Krieg geführt hat, ist **der Urheber,** der Vater dieser Zustände. Die Revolution, die Republik, die vom Volk erwählten Führer übernahmen nicht die Leitung eines gesunden, eines geordneten und an Geld und Gütern reichen Staatswesens, sondern einen **durch die Alldeutschen völlig auf** den Hund gebrachten, wirtschaftlich, sittlich und moralisch gesunkenen Staat. Ohne das kräftige Eingreifen der revolutionären Regierung wären die Folgen des Zusammenbruchs noch viel schlimmer gewesen. **Schuldig** an unseren traurigen Zuständen sind alle die, die zum Kriege gehetzt haben und ihn am liebsten noch heute fortsetzen lassen möchten.

Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands ist neben dem im parlamentarischen Untersuchungsausschuß Entlarvten der Kasten- und Klassengeist. Der alldeutsche Größenwahn wollte die ganze Welt unterdrücken. Wilson war ja nur ein simpler Bürgerlicher, von dem sich die von Gottesgnaden nichts sagen lassen können.

Das Auftreten der Bethmann Hollweg, Helfferich, Zimmermann und Ludendorff zeigt, daß sie auch heute noch auf die Dummheit und Gutmütigkeit weiter Volkskreise spekulieren.

Durch den Bruderkampf innerhalb der Arbeiterschaft glauben sie die Macht wieder an sich reißen zu können. Leider scheinen sie da nicht falsch zu spekulieren, denn das führende Organ der Unabhängigen hat bereits erklärt, daß es an einem gemeinsamen Kampfe der freiheitlichen Arbeiterschaft gegen die Volksbetrüger nicht teilnehmen wird. Danach scheinen die Unabhängigen lieber ein Regime Wilhelms II. mit seinem Feldwebel Ludendorff zurückzusehnen, als die Leitung der Regierung in den Händen von Sozialisten zu lassen.

Wird der Kampf gegen die Alldeutschen, die im parlamentarischen Untersuchungsausschuß ihre Waffen für eine Gegenrevolution prüfen, nicht energisch aufgenommen, so ist sicher damit zu rechnen, daß die Entente schärfere Maßnahmen trifft, um einen Gegenstoß der kriegslüsternen Alldeutschen zu parieren. Die Zeche hat dann wieder das deutsche Volk zu zahlen.

So bietet der parlamentarische Untersuchungsausschuß lehrreichen Anschauungsunterricht. Er hält den Alldeutschen einen Spiegel vor und läßt die Volksgenossen erkennen, weshalb es uns heute so schlecht geht.

Die große Lüge hat alles umnebelt. Es gab im Kriegsdeutschland keine Möglichkeit für den, der nicht unbedingt zur Politik der Heeresleitung und ihrer Vaterlandspartei schwor, sich über die wahren Ereignisse zu unterrichten. Das hat in der Nationalversammlung der leider so früh verstorbene Führer der Unabhängigen, Hugo Haase, zugegeben, als er auf einen Anhieb des Genossen Wels seinerzeit zugestand, auch ihm sei das im Sommer 1917 erfolgte englische Friedensangebot unbekannt gewesen.

Was die Helfferich und Ludendorff mit ihrem provozierenden Auftreten im parlamentarischen Untersuchungsausschuß wollen, ist, ein ferneres Arbeiten der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse unmöglich zu machen. Denn vor dem ersten Untersuchungsausschuß, der die Vorgeschichte des Krieges zu klären hat, sowie vor dem Kapitel Belgien und Kriegsgreuel und vor der Aufdeckung der militärischen Zerstörungen haben diese Männer noch größere Angst. Gelingt ihnen ihr Werk, die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse auffliegen zu lassen, dann wird das deutsche Volk nie restlos die Wahrheit erfahren.

Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft, der nach Freiheit strebenden, ist es, aufzuklären, mitzuhelfen, mitzuarbeiten, dafür Sorge zu tragen, daß die Herrenkaste der Volksverderber nie wieder etwas zu sagen hat.

Das mit Fluch und Blut beladene System derer von Gottesgnaden und seiner Edelknechte muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.

Druck von Gilsbach & Co., Köln.